Antrag der Fraktion der CDU**Faire Chancen für Alleinerziehende in Bremen schaffen!**

Die Lebenssituation der rd. 28 000, zumeist weiblichen, Alleinerziehenden und ihrer Kinder ist in Bremen und Bremerhaven seit Jahren prekär: Fehlende und zeitlich nicht ausreichende Kinderbetreuungsangebote, unterbrochene Erwerbsbiografien und hohe Teilzeitquoten bedeuten häufig das Abrutschen in Armut und Perspektivlosigkeit. 53,3 % aller Alleinerziehenden mit einem Kind leben in Bremen von Transferleistungen. Mit zwei oder mehr Kindern sind sogar 71 % der Alleinerziehenden auf staatliche Unterstützung angewiesen. Anlass zur Sorge gibt, dass Bremen bundesweit eine Hochburg der Alleinerziehenden ist, und dass der Anteil der Haushalte von Alleinerziehenden seit Jahren steigend ist. Armut und Chancenungerechtigkeit sind für diese Gruppe zunehmend. Die Einkommensarmut der Mütter bedingt vielfach die Kinderarmut.

Für Frauen und Männer, die in Bremen allein ihre Kinder aufziehen, muss neben der Kinderbetreuung auch der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessert werden: Die Erwerbstätigenquote von Alleinerziehenden liegt mit 65 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Zahl der alleinerziehenden Arbeitslosen ohne Berufsausbildung ist mit 66 % so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Auch bei der Dauer der Arbeitslosigkeit von Alleinerziehenden ist Bremen Spitzenreiter. Für viele alleinerziehende, junge Mütter ist es besonders schwierig eine duale Vollzeitausbildung zu absolvieren. Teilweise liegt ein sozialpädagogischer Hilfebedarf vor. Deshalb finden sie sich am Ende häufig in Teilzeit in prekären, unqualifizierten Arbeitsverhältnissen wieder und sind auf aufstockende Transferleistungen angewiesen. Vor diesem Hintergrund ist eine effektive Gegensteuerung auf Landesebene dringend notwendig. Auch der Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung forderte in seinem Abschlussbericht (Drs. 18/1815) einstimmig, dass Bremen ein gezieltes Programm zur (assistierten) Aus- und Weiterbildung in Teilzeit für alleinerziehende Frauen benötige (Seite 59).

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) und gegebenenfalls in Kooperation mit der Agentur für Arbeit bis zum 31. Mai 2016 ein Programm zur (assistierten) Aus- und Weiterbildung in Teilzeit für Alleinerziehende aufzulegen und in der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie im Gleichstellungsausschuss regelmäßig über dessen Umsetzung zu berichten.

Sandra Ahrens, Birgit Bergmann, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU